

Der Wähler hat entschieden

Das Ergebnis der Kommunalwahl spricht auf Bezirks- und Stadtratsebene eine deutliche Sprache. Der Wähler hat CDU und FDP eine deutliche Absage für ihre Politik der letzten Jahre erteilt.

Zu erinnern ist an die Entscheidung zum Bau eines sog. Spaßbades und der Schließung der Stadtteilbäder. Das Ergebnis der Bürgerbefragung zu diesem Thema wurde unter fadenscheinigen Gründen vom Tisch gefegt.

Im Bezirksrat hat die CDU gegen den Willen vieler Bürger für die Schließung des Waggumer Freibades gestimmt.

Die starre Haltung der CDU in der Frage des Flughafenausbaus sowohl im Bezirksrat als auch im Stadtrat war nicht von harten Fakten geprägt sondern für die Interessen von VW und gegen die betroffenen Bürger gerichtet. Trotz Bürgerprotest hat sich kein Vertreter dieser Partei ernsthaft mit der Frage der Notwendigkeit dieses Ausbaus und der Verhältnismäßigkeit des durch die Waldvernichtung angerichteten Umweltschadens auseinandergesetzt. Nachdem das Projekt noch rechtzeitig mit der Brechstange vor der Kommunalwahl fertiggestellt war, erfährt man jetzt von OB Hoffmann höchstpersönlich, dass er den Auftrag dafür von Herrn Piech (VW) bekommen hat. Nun versteht der Bürger, warum bei diesem Auftraggeber kein Raum mehr für ernsthafte Diskussionen über dieses Projekt gegeben war. Dem Bürger und sogar dem Gericht haben die verantwortlichen Politiker trotzdem den Ausbau gebetsmühlenartig mit Schlagworten wie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Forschung und Standortsicherung begründet.

OB Hoffmann (CDU) traute sich nur einmal mit großem Polizeiaufgebot nach Waggum, nicht um den Bürgern die Sinnhaftigkeit des Flughafenausbaus zu erläutern sondern nur die Varianten der Umfahrung der Grasseler Straße zu erläutern. Allein dies spricht Bände, welches Verhältnis der OB zu seinen Bürgern hat, für die er als Verwaltungschef tätig sein soll.

Das dreisteste Stück hat sich die CDU noch kurz vor der Kommunalwahl mit der Zusammenlegung der Bezirksräte Bevenrode-Waggum-Bienrode und Wabe Schunter geleistet. Für diese Zusammenlegung gab es keine stichhaltigen Gründe. Allein die CDU sorgte sich wohl wegen der Bürgerproteste gegen den Flughafenausbau, im Bezirksrat nach der Kommunalwahl die Mehrheit zu verlieren. Deshalb wollte sie die Zusammenlegung und glaubte damit die Mehrheit im neuen Bezirksrat zu behalten. Wie berechtigt die Sorge war, zeigt das Wahlergebnis im Bezirk Bienrode-Waggum-Bevenrode. Der Wähler hat entschieden, dass diese Rechnung nicht aufgegangen ist !

Die oben genannten Beispiele zeigen, dass die CDU sich leichtfertig über Interessen der Bürger zum Wohle von Parteiinteressen hinweggesetzt hat. Es ist zu hoffen, dass sowohl im Bezirksrat als auch im Stadtrat damit nun endlich Schluss ist. Die neuen Mehrheiten müssen sich künftig wieder sachgerecht und kompetent an den Interessen der Bürger orientieren. Das Kommunalwahlergebnis hat dafür eine gute Grundlage geschaffen.

Viele Bürger erwarten nun, dass bestimmte Punkte, die von der bisherigen CDU/FDP Mehrheit beschlossen wurden, von der neuen Mehrheit überprüft und ggfs. zum Wohle der Bürger korrigiert werden.

Dazu sollte u.a. die Wiederherstellung der alten Bezirksräte zählen. Insbesondere nach Kappung der Grasseler Straße spricht nichts für eine Zusammenlegung. Die Trennung sollte daher mit den neuen Mehrheiten als Ziel verfolgt werden.

Auch die Schließung des Waggumer Freibades nach Eröffnung des Spaßbades sollte noch einmal überprüft und möglichst auch rückgängig gemacht werden. Allein das Engagement vieler Bürger zum Erhalt dieses Bades ist es wert, sich dafür einzusetzen. Trotz ihres Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtbad GmbH; Winter (SPD), sollte sich auch die SPD dafür einsetzen.

Nach Sperrung der Grasseler Straße sollte der Bau eines Tunnels nun ernsthaft verfolgt werden. Das Argument, dass der Tunnel nach Fertigstellung der Startbahn nicht mehr zu finanzieren ist, ist nicht akzeptabel. Der alte Rat hat es mit der CDU/FDP Mehrheit versäumt, diesen zu bauen, bevor die verlängerte Startbahn fertiggestellt ist. Stattdessen stand allein der Termin der Kommunalwahl für die Fertigstellung der Startbahn nach dem bewährten Motto des OB „Tatsachen schaffen“ im Vordergrund.

Schließlich sollte auch das Thema Nachtflugverbot endlich energisch und kompetent diskutiert werden. Ohne die Mitwirkung einer Flughafengesellschaft, die auch an einem verträglichen Verhältnis mit den Bürgern in unmittelbarer Nähe des Flughafens interessiert ist, wird das nicht effizient möglich sein. Die Haltung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafengesellschaft, Malik(CDU), zeigt deutlich, dass dieser ausschließlich die Interessen des Flughafens vertritt. Deshalb sollten die verantwortlichen Politiker der neuen Mehrheit sich dafür einsetzen, dass dieser Posten mit jemandem besetzt wird, der die Interessen des Flughafens zwar kompetent vertritt, dabei aber auch die Interessen der am Flughafen wohnenden Bürger im Auge hat.

Um von der EU Fördermittel zu bekommen, wurde bisher offiziell immer wieder betont, dass der Flughafen der Forschung dienen soll. Forschung findet nicht nachts statt. Der Bürger versteht nicht, warum Manager des VW Konzerns nachts fliegen und mit diesem Lärm sich ihre Nachtruhe stören lassen sollen.

Der Bürger hat mit dem Ergebnis der Kommunalwahl deutlich gezeigt, dass die alten Mehrheiten abgewählt sind. Hoffen wir, dass die neuen Mehrheiten das in sie gesetzte Vertrauen mit einer bürgernahen Politik rechtfertigen.

Dr. Alfred Isensee